

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 23. November 2011 in der Montessori-Schule**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 21.55 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Frau Berger  
Herr Burmeister  
Frau Dr. Fassbinder  
Herr Jesse  
Frau Kropidlowski  
Frau Leddin  
Herr Multhauf  
Herr Pegel  
Frau Thonack  
Frau Witt  
Frau Duschek

i. V. für Frau Heinrich

#### **Entschuldigt**

Frau Heinrich

#### **Verwaltung**

Herr Dembski  
Frau Hauswald  
Herr Sappelt  
Herr Petschaelis  
Herr Wille  
Herr Schult

#### **Gäste**

Herr Kleemann  
Herr Dr. Flieger  
Frau Metzner  
Frau Gliem  
Herr Hasemann

Frau Kagel  
Herr Lindner  
Herr Cymek

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Vorstellung der Entwicklung/Erweiterung der Montessori-Schule
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur „Stiftung Schwedisches Kulturerbe in Pommern“ (Vorratsbeschluss) 05/654  
*Dez. III, Amt 41*
- 6.2. Bestellung und Entsendung des 05/672  
Vertreters/Stellvertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die 3. Amtsperiode des Stiftungsrates der Stiftung "Pommersches Landesmuseum"  
*Oberbürgermeister*
- 6.3. Unterstützung der Schule für Popularmusik 05/684  
*CDU/interfraktionell*
- 6.4. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012 05/666  
*Dez. I , Amt 20*
7. Kulturarbeit der Domgemeinde
8. Stand der Aufgabenrückholung der Schulträgerschaft
9. Information der Verwaltung
10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder
11. Informationen des Ausschussvorsitzenden
12. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 13.09.2011

13. Bestätigung des Protokolls vom 18.10.2011
14. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Pegel eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Es werden keine Wünsche geäußert, neue TOPs in die TO aufzunehmen. TOP 7 wird von der TO gestrichen, da es – aufgrund eines Missverständnisses – Herrn Gürtler kurzfristig leider nicht möglich war, der Sitzung beizuwohnen.

Die Tagesordnung wird mit einer Gegenstimme angenommen.

---

*Zu TOP: 3. Vorstellung der Entwicklung/Erweiterung der Montessori-Schule*

Nils Kleemann, der Leiter der Montessori-Schule, stellt die Schule sowie das geplante Projekt zur Erweiterung der Schule vor. Derzeit lernen 240 Schüler in der Montessori-Schule. Eine Erweiterung wird angestrebt, weil der derzeitige Standort nicht ausreicht, um allen Anmeldungen bzw. Nachfragen gerecht zu werden. Mit dem Schuljahr 2012/13 und dem Beginn der ersten 7. Klassenjahrgänge möchte man die Schule bis zum Abschluss der 10. Klasse fortführen. Des Weiteren ist man bestrebt, nach dem Abschluss des Erweiterungsbaus eine weitere 1. Klasse in der Schule aufzunehmen. Derzeit lernen 40 Schüler in den 1. Klassen. Nach dem Umbau wären es 64 Schüler. Ein Hort wäre dann gleichermaßen im Haus integriert.

Die 1.-10.Klasse umfassend würden dann zukünftig 520 Schüler in der Montessori-Schule lernen. Die Montessori-Schule wäre dann eine integrierte Gesamtschule, in welcher 3 Schulabschlüsse (Berufsreife, Mittlere Reife sowie Gymnasialkurs) angeboten werden würden. (siehe auch Handout mit Informationen der Schule zum Erweiterungsbau in der Anlage).

In Bezug auf den Neubau der Schule und die damit verbundene Angebotserweiterung der Schule fragt Herr Multhaus nach einer möglichen Konkurrenz unter den Schulen in der Stadt. Herr Kleemann betont, dass er vor der Beantragung seines Projektes Rücksprachen mit dem Schulverwaltungsamt wie auch mit Herrn Dembski getätigt habe, um zu erkunden, ob eine Erweiterung der Schule Probleme verursachen würde. Dies wurde verneint.

---

Frau Witt fragt nach, wie die Modalitäten hinsichtlich des zu entrichtenden Schulgeldes gehandhabt werden. Gibt es Ermäßigungen für Kinder, deren Eltern einkommensschwach sind? Nicht alle Familien werden in der Lage sein, das Schulgeld zu entrichten, was wiederum zur Folge hat, dass soziale Ausgrenzung stattfindet.

Herr Kleemann bemerkt, dass es an seiner Schule gleichermaßen Familien gebe, die kein Schulgeld zu entrichten hätten. Es würden selbstverständlich auch Ermäßigungen gewährt (von 240 Schülern würden 119 Schüler ein ermäßigtes Schulgeld entrichten). Allerdings bedarf es auch eines gewissen Entgeltes, da die Lehrer an der Schule nach Tarif bezahlen werden müssen.

Vor dem Hintergrund der Frage, wer bei Schulgeldbefreiungen und –ermäßigungen das Geld dafür übernimmt, entspinnt sich eine kleine Diskussion zur bildungspolitischen Lage. Herr Kleemann bemerkt abschließend, dass es wichtig sei, im Gespräch zu bleiben. Denn es habe bestimmte Gründe, dass das System so sei, wie es derzeit ist. Er äußert den Wunsch, dass sich der Ausschuss positioniert und mehr Bewegung in der Bildungspolitik wünscht.

---

#### *Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Herr Pegel gibt dem Kanzler der Universität die Gelegenheit, Neuigkeiten aus der Hochschule vorzutragen. Herr Dr. Flieger erwähnt die Initiative eines Runden Tisches, in welchem es um studentische Kulturaktivitäten ginge. Bei einem solchen Runden Tisch solle beispielsweise das Thema der Räumlichkeiten/ Heimstätten für studentische Initiativen geklärt werden, denn sie sind ein wichtiges Element für das Überleben studentischer Kulturprojekte. Für die Terminfindung dieses angestrebten Runden Tisches schlägt Herr Dr. Flieger ein doodle vor.

Frau Berger fragt, ob die Wohnsitzprämie noch aktuell sei. Herr Dr. Flieger antwortet daraufhin, dass 300 Studenten angefragt worden seien, um ihre Daten mit dem Einwohnermeldeamt abzugleichen. Es hätten sich mehr als 50% melden müssen, was allerdings nicht der Fall war. Das Land bewilligte lediglich 3.000 € aufgrund der erfolgten Rückmeldungen. Sofern die Rückmeldungen als repräsentativ angesehen worden wären, hätte es nach Berechnungen der Universität eigentlich 18.000 € geben müssen. Herr Dr. Flieger ergänzt, dass bspw. Studenten mit einem Wohnsitz im Landkreis OVP sowie Umland gar nicht mehr in der Statistik berücksichtigt worden sind.

Vor diesem Hintergrund weist Herr Multhauf auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der UHGW und der EMAU hin. Ferner liegt ihm an Herzen, dass bei der Instandhaltung von Gebäuden unbedingt gleichermaßen das Studentenwohnheim im Ernst-Thälmann-Ring berücksichtigt werden müsse. Herr Dr. Flieger bemerkt hierzu,

dass das Studentenwerk bislang nur einen Nutzungsvertrag für das Gebäude hatte und aus diesem Grund keine Investitionen an der Immobilie vornehmen konnte. Nun liegt ein Erbpachtvertrag vor, was zur Folge hat, dass zukünftig Investitionen an dem Gebäude vorgenommen werden können.

---

*Zu TOP: 5. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates*

Frau Metzner vom Stadtelternrat merkt drei Dinge an, die sie diskutiert wissen möchte. Zum einen möchte sie anregen, zukünftig bei Beschlussvorlagen gleichermaßen Rederecht bekommen zu dürfen. Herr Pegel bemerkt hierzu, dass dies laut Kommunalverfassung nicht möglich sei. Dafür gebe es ja extra den TOP *Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates*, um die Möglichkeit einer Meinungsäußerung wie auch des Mitspracherechtes zu haben. Zudem gehe er davon aus, dass der Ausschuss auch weiterhin unkonventionell Rederechte zu einzelnen Tagesordnungspunkten gewähren werde. Ferner möchte sie ausführlichere Informationen zum Thema der Schulentwicklungsplanung sowie dem Stand der baulichen Instandsetzung der Fischer-Schule haben. Zum letzteren nimmt Herr Schult Stellung und verliest das Schreiben von Herrn Kremer, dem Leiter des Immobilienverwaltungsamtes.

Herr Hasemann vom Schulelternrat der Fischer-Schule fragt, wann die 100.000 € „in die Hand genommen werden“, um das Schulgebäude zu sanieren bzw. neuzubauen.

18.52 Uhr

Herr Petschaelis kommt

Herr Pegel teilt diesbezüglich mit, dass zu diesem Sachverhalt derzeit niemand Stellung nehmen kann, da nach wie vor nicht klar sei, wer (Kommune bzw. neuer Landkreis) dann die Verantwortung übernehmen wird. Es gibt noch weitere Schulen in der Stadt, denen es leider ähnlich geht.

Frau Leddin empfiehlt, am besten zweigleisig zu arbeiten – also, sowohl den Landkreis als auch die Kommune anzusprechen.

Herr Multhauf indes sieht dringenden Handlungsbedarf für die Fischerschule – auch wenn es anderen Schulen ebenso schlecht geht – und fragt die Schulleiterin Frau Kagel, wie derzeit der Stand der Dinge hinsichtlich der Behebung der Baumängel im Mehrzweckgebäude sei.

Frau Kagel teilt mit, dass das Gebäude derzeit entwässert würde. Im Winter ist aufgrund dessen keine Nutzung möglich.

Herr Burmeister regt an, dass Frau Kagel unbedingt auch im Kreistag in den Ausschüssen auftreten solle. Es ist wichtig, auch dort auf das Problem aufmerksam zu machen, denn in Ueckermünde wisse niemand, wer und was die IGS Fischer sei. Eine persönliche Vorstellung könne diesem entgegenwirken und trage dazu bei, Druck bei der Lösungsfindung auszuüben.

---

Frau Metzner weist noch einmal auf das Thema der Schulentwicklungsplanung hin. Herr Pegel äußert hierzu, dass dies nicht mehr im Zuständigkeitsbereich Greifswalds läge.

Frau Gliem nutzt die Gelegenheit, um nach der Kollwitzschule sowie der zukünftigen Handhabung in Bezug auf die Betreuung der Turnhallen durch die Hausmeister zu fragen.

Herr Petschaelis nimmt hierzu Stellung und teilt mit, dass in Bezug auf die Kollwitzschule noch keine neuen Informationen vorlägen.

Hinsichtlich der Betreuung der Turnhallen und die Betreuung durch die Hausmeister teilt Herr Schult mit, dass der Sachstand nach wie vor der gleiche sei wie bereits vor einem halben Jahr. Herr Pegel regt diesbezüglich an, dass sich der Elternrat und Herr Schult einmal separat treffen mögen, um die weiteren Details dieses Sachverhaltes zu klären und insbesondere dem gesamten Stadtelternerat die Möglichkeit des Gespräches mit Herrn Schult zu diesen Fragen einzuräumen.

---

*Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 6.1. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur „Stiftung Schwedisches Kulturerbe in Pommern“ (Vorratsbeschluss)*

Herr Sappelt stellt den Sachverhalt des Vorratsbeschlusses vor und beantragt das Rederecht für Herrn Asmus vom Förderverein Schwedisches Kulturerbe in Pommern e.V.

Des Weiteren berichtet Herr Sappelt in Bezug auf die Beschlussvorlage von der Sitzung des Finanzausschusses und die dort angeregten Veränderungen, welche in die Beschlussvorlage aufgenommen werden sollen. Im Beschlussvorschlag mögen die Bezeichnungen „rechtsfähig“ sowie die Äußerung „in angemessener Höhe von mindestens“ getilgt werden.

19.10 Uhr

Herr Dr. Flieger verlässt entschuldigt die Sitzung

Herr Asmus erläutert den Hintergrund des Ansinnens, eine Stiftung zu gründen, sowie die Arbeit des Vereins. Bereits vor 10 Jahren sei die Idee geäußert worden, eine Stiftung zu gründen. Bei der Arbeit des Vereins und der Stiftung ginge es nicht vornehmlich um das schwedische Kulturerbe in der UHGW, sondern gleichermaßen um das Kulturerbe im ehemaligen schwedischen Pommern. Als Stiftung kann sie dann tätig werden – unabhängig davon, ob sie rechtsfähig oder nicht rechtsfähig ist –, wenn sie vom Ministerium anerkannt worden ist.

Darüber hinaus teilt Herr Asmus mit, dass man sich im Verein mit dem Gedanken trägt, als Teilstiftung unter dem Dach der kürzlich gegründeten Bürgerstiftung Vorpommern zu agieren.

Herr Multhauf äußert, dass er das Ansinnen einer Stiftungsgründung

unterstützen kann und begrüßt. 1.000 € halte er vor diesem Hintergrund für absolut angemessen. Fernerhin regt er an, gleichermaßen den Kreis als Mitstifter anzusprechen, da es ja schließlich auch um pommersche Aspekte ginge.

19.12 Uhr

Herr Wille kommt

19.15 Uhr

Herr Dembski kommt

Herr Sappelt erläutert, dass gemäß Kommunalverfassung M-V § 104 die Bürgerschaft über Mitgliedschaften der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Vereinen, Stiftungen und anderen Körperschaften entscheidet. Aus diesem Grund muss trotz der doch recht „minimalen“ Stiftungssumme von 1.000 € die Vorlage die Ausschüsse und die Bürgerschaft durchlaufen.

Abstimmungsergebnis: 11/0/0

---

*Zu TOP: 6.2. Bestellung und Entsendung des Vertreters/Stellvertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die 3. Amtsperiode des Stiftungsrates der Stiftung "Pommersches Landesmuseum"*

Herr Pegel stellt kurz die Beschlussvorlage vor.  
Frau Dr. Fassbinder weist darauf hin, dass sich in der BS-Vorlage Zahlenfehler befinden, welche noch korrigiert werden müssten.  
Vereinheitlicht müsste von der 4. Amtszeit gesprochen werden.

Abstimmungsergebnis: 10/0/1

---

*Zu TOP: 6.3. Unterstützung der Schule für Populärmusik*

Herr Pegel stellt die Beschlussvorlage kurz vor. Frau Thonack bittet darum, dass Herr Cymek vom Vorstand des Trägervereins die Vorlage einbringt, da sich die Beschlussvorlage bereits einige Male geändert habe. Das Rederecht für Herrn Cymek wird erteilt. Er erläutert den Hintergrund der Vorlage, und dass der Betrieb der Schule fortan nicht mehr ohne eine (kommunale) Förderung möglich sei.

Frau Leddin fragt, wie sich der Jugendhilfeausschuss dazu positioniert habe. Herr Cymek antwortet, dass dieser einmütig mit einer Änderung der BS-Vorlage zugestimmt habe.

Frau Leddin äußert, dass sich ihr die Frage stelle, inwieweit die Jugendarbeit gefördert wird, wenn es doch eigentlich um die Förderung einer Immobilie ginge.

Vor diesem Hintergrund merkt sie an, dass die Jugendsozialarbeit

weiterhin ein Bestandteil der Greifswalder Jugendsozialarbeit sein müsse.

Herr Multhauf meint dazu, dass er die Musikfabrik als eine wichtige kulturelle Bereicherung für die Stadt erachte, eine finanzielle Unterstützung derselben aber keinesfalls eine Konkurrenz für die kommunale Musikschule zur Folge haben dürfte. Nur unter diesem Aspekt kann er das Ansinnen unterstützen, denn die Musikfabrik leiste auch wichtige Präventionsarbeit. Für ihn sind die Arbeit, die das Kollegium der Musikfabrik leistet, untrennbar von dem Haus/ der Immobilie, in welcher die Arbeit ausgerichtet und umgesetzt wird. Allerdings stellt sich ihm die Frage, woher das Geld kommen soll, welches für den Ausgleich der Betriebskosten vonnöten ist.

Herr Pegel stellt vor diesem Hintergrund die Position der SPD-Fraktion vor. Letztlich kann die BS-Vorlage nur unter Haushaltsvorbehalt angenommen werden. Eigentlich ist die geforderte Summe im kommenden Jahr nicht realisierbar und wird kaum Berücksichtigung im derzeitigen Haushalt finden können, da gegenwärtig finanzpolitische Orientierungslosigkeit herrsche. Auch wird eine langfristige Verpflichtung nicht einzuhalten sein – wenn, dann max. für 1 Jahr. Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Prüfauftrag derzeit für die Dauer eines Jahres. Im Herbst des nächsten Jahres müsste dann unter Berücksichtigung aller Förderbedarfe in Greifswald geschaut werden, was finanziell geht und was nicht. Eine anderweitige Verpflichtung ließe sich derzeit nicht realisieren.

Frau Dr. Fassbinder wendet diesbezüglich ein, dass es deshalb gut sei, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage zunächst um einen Prüfauftrag handle. Sie möchte gerne wissen, wofür das Geld tatsächlich gebraucht werden würde sowie welche Gelder in der Musikfabrik für welche Projekte und Ausgaben benötigt würden.

Frau Witt fragt vor diesem Hintergrund, ob dann eine finanzielle Unterstützung, die ausschließlich für ein Jahr entrichtet werden würde, überhaupt von Hilfe sei. Herr Cymek bejaht dies.

Frau Berger fragt, ob möglicherweise eine Gebührensteigerung das Problem lösen könnte. Herr Cymek verneint dies, vor allem auch, weil er dies als sozial nicht vertretbar hielte. Er selbst habe bereits überlegt, ob die Bandbetreuung fortan kostenpflichtig sein sollte.

Die Beschlussvorlage wird mit einem Abstimmungsergebnis von 11/0/0 einstimmig angenommen, allerdings mit der Änderung, dass im Beschlussvorschlag nach der Äußerung „für das Haushaltsjahr 2012“ die Formulierung „und die Folgejahre“ getilgt wird.

19.40 Uhr

Herr Cymek und Herr Lindner verlassen entschuldigt die Sitzung.

---

Zu TOP: *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012*

---

Herr Wille stellt den Haushalt 2012 unter den Aspekten der doppischen

Buchführung vor. In den Produktbeschreibungen müssten noch die entsprechenden Anpassungen für die Schulen vorgenommen werden. Dies müsste im Januar bei der Umsetzung dann entsprechend Berücksichtigung finden. Herr Pegel schlägt vor, dass es noch einmal einen separaten Termin geben sollte, der den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit gebe, eine detailliertere Einführung in die Doppik zu erhalten.

---

*Zu TOP: 7. Kulturarbeit der Domgemeinde*

Der TOP entfällt und wird – wie bereits erwähnt – bei der nächsten Sitzung nachgeholt.

---

*Zu TOP: 8. Stand der Aufgabenrückholung der Schulträgerschaft*

Herr Dembski nimmt dazu Stellung und erläutert, dass er gemeinsam mit Herrn Petschaelis die Verhandlungen mit dem neuen Landkreis diesbezüglich führe.

20.55 Uhr

Herr Sappelt verlässt entschuldigt die Sitzung.

Herr Dembski teilt mit, dass es seit dem 21. November einen neuen Verhandlungsführer gebe. Dieser sei nicht mehr – wie bisher – Herr Schulz, sondern Herr Gutgesell will als Dezernent nun die Verhandlungen führen. Zunächst sei noch nicht klar, ob er eine andere Linie hinsichtlich der Verhandlungen verfolge als bislang Herr Schulz. Es stelle sich die Frage, wie das alles finanziert werden soll und könne, wenn man die Schulen in die Verantwortung der Kommune zurückholte. Derzeit gebe es 2 Modelle:

+ Schulkostenbeitrag deckeln auf den durchschnittlichen Beitrag, den eine Schule kostet

+ oder man könne es so ähnlich machen, wie es HST handhabt: und zwar den Haushalt nehmen und die Kosten nach einem bestimmten Schlüssel aufteilen. Allerdings arbeitet Stralsund noch kameralistisch.

Besser wäre indes ein System, in welchem man von den Haushaltsansätzen ausgeht und schaut, was tatsächlich enthalten ist und was wie viel kostet.

Aber auch hier muss noch die Frage geklärt werden, wer sich woran beteiligen wird. Die Abschreibungswerte für die Schulen liegen bislang noch nicht vor. Es konnte nicht geklärt werden, was der Kreis bereit wäre, an Kosten zu übernehmen. Dem Kreis wurde ein Angebot unterbreitet, die Abschreibung zu übernehmen und die Kommune würde die Kosten für die Schulen übernehmen. Investitionen würden durch die Stadt erfolgen und die Abschreibungen durch den Kreis. Allerdings sei nicht klar, wie der neue LK dazu steht.

Ziel sei, sich mit den Kämmerern zusammen zu setzen. Aber Herr

---

Dembski gibt zu bedenken, dass er erst einmal schauen müsse, wie die Position von Herrn Gutgesell dazu sei.

Er könne derzeit auch keine Auskunft erteilen, ob ab 2012 das Immobilienverwaltungsamt der Ansprechpartner für die Schulen sein wird oder der neue LK. Herr Pegel bittet darum, dass diese missliche Lage bis Ende 2011 geklärt werden möge.

Herr Multhauf ist überzeugt, dass der Kreis bereit wäre, auf die Beschlüsse, welche in der Kommune gefasst worden sind, einzugehen. Bezüglich der Förderschule bemerkt Herr Dembski, dass es noch keinen Beschluss der Bürgerschaft gebe, weshalb er erst einmal verhandeln würde. Bei der Abendschule seien sich alle einig, dass diese nur eng „angekoppelt“ an das Jahn-Gymnasium in die Verantwortung einer Gebietskörperschaft gehen könne.

Hinsichtlich der Medienstelle gilt die Vereinbarung, dass die UHGW die Tätigkeiten auf Kosten des Landkreises wahrnimmt.

Herr Dr. Albrecht bemerkt, dass er schockiert sei, wie wenig bislang die Verhandlungen voran geschritten und wie diffus alles immer noch sei. Es sei doch unheimlich wichtig, den Werterhalt der Gebäude zu klären. Nach seinem Ermessen müsse die Stadt so geschickt sein, vom Kreis die entsprechenden Mittel für den Gebäudeerhalt und den Unterhalt einzufordern.

Herr Burmeister teilt mit, dass die Schulkonferenz bei ihrer Entscheidung bliebe. Ihm sei es wichtig zu schauen, dass man so rasch wie möglich eine Entscheidung vorliegen hätte.

Herr Wille meint, dass es fraglich sei, ob die Kommune weiterhin wie bisher in Schulen investieren könne.

Frau Leddin teilt mit, dass die Förderschule und die Berufsschule angeblich aufgrund der Regularien nicht zurück zu holen gewesen wären, da diese automatisch an den neuen Landkreis übergegangen seien. Ihr stellt sich die Frage, warum man nie thematisiert hätte, diese in die Verantwortung der Kommune zurück zu holen.

Herr Petschaelis meint hierzu, dass dies grundsätzlich möglich sei.

Herr Dr. Albrecht bittet darum, dass fundierte Verhandlungen geführt werden mögen, wie die fehlenden Haushaltstellen zu ihren Konten kommen. Man möge doch bitte genau schauen, was die Schulen in der Unterhaltung kosten.

Herr Multhauf meint, dass der Ausschuss bei seinen Beschlüssen und Zielen bliebe, die Schulen in der Verantwortung der Stadt zu halten.

Herr Dembski möge bitte bis Mitte Dezember in Erfahrung bringen, an wen sich die Schulen ab dem 1. Januar 2012 wenden können.

Herr Dembski meint, dass dies verwaltungsintern zwischen den Gebietskörperschaften geklärt werden müsse.

Frau Kagel äußert dazu, dass ihr die Unentschiedenheit und Unklarheit

Angst mache, denn niemand scheint sich wirklich verantwortlich zu fühlen.

Herrn Burmeister stellt sich derzeit die Frage, in welcher Situation es den Schulen eigentlich am besten ginge – wenn sie bei der Stadt blieben oder wenn sie in die Verantwortung des Kreises übergängen. Seinerzeit waren es auch emotionale Gründe, bei der Stadt verbleiben zu wollen. Momentan ist er sich allerdings gar nicht mehr so sicher, ob es nicht sogar besser sei, an den Landkreis „überzugehen“. Die Schulen müssen wissen, was ab dem 4. Januar 2012 Stand der Dinge sei.

Frau Witt äußert, dass am 5. Dezember der Kreistag tagt. Hier bestünde auch die Möglichkeit, ein Votum abzugeben.

---

*Zu TOP: 9. Information der Verwaltung*

Frau Hauswald berichtet von dem Bürgerforum zur besseren Sichtbarmachung der Angebote zu Caspar David Friedrich in Greifswald, welches am Tag zuvor im PLM stattgefunden hat. Da aus dem Bildungs- und Kulturausschuss niemand die Möglichkeit hatte, daran teilzunehmen, schickt Frau Hauswald ein kurzes Protokoll des Forums den BiKA-Mitgliedern zu.

Herr Pegel schlägt vor, im neuen Jahr gleichermaßen die Möglichkeiten eines Romantikkonzeptes zu besprechen.

Des Weiteren schlägt Frau Hauswald vor, die Mitglieder des Szczeciner Kulturausschusses am 19. Januar nach Greifswald einzuladen und erbittet eine rege Teilnahme sowie Vorschläge, wie das Tagesprogramm für die Stettiner Gäste aussehen könnte.

In Bezug auf die Probleme in der Arndtschule nimmt Herr Schult Stellung. Er bedauert es sehr, dass es zu diesem Vorfall gekommen ist. Die Haushaltsmittel sind eingeplant, damit in die Heizungsanlage investiert werden könne.

---

*Zu TOP: 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder*

Herr Burmeister äußert, dass die Kosten für die Reinigungskräfte kaum reichen, um die Schulen entsprechend zu säubern. Herr Schult meint dazu, dass die Verwaltung leider sparen müsse.

Herr Multhauf macht auf die landesweite Unterschriftenaktion zur Sicherung der Orchester und Theater aufmerksam. Des Weiteren teilt er mit, dass die Lea-Grundig-Ausstellung im Pommernhus um einen Tag verlängert wurde. Auf der nächsten Sitzung möchte er sich auch noch einmal dem Thema des Paepke-Steins widmen.

Zu TOP: *Informationen des Ausschussvorsitzenden*  
11.

keine

---

Zu TOP: *Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 13.09.2011*  
12.

Da keine Änderungswünsche – wie zunächst angekündigt und vereinbart – per Email beim Kulturamt eingegangen sind, wird das Protokoll in der derzeit vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 5/1/5

---

Zu TOP: *Bestätigung des Protokolls vom 18.10.2011*  
13.

Abstimmungsergebnis: 4/0/7

---

Zu TOP: *Schluss der Sitzung*  
14.

Herr Pegel bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 21.55 Uhr.

---

Christian Pegel  
Ausschussvorsitzender

Anett Hauswald  
für das Protokoll

Anlage